



21. Wahlperiode

Fre 13/10

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache **21/5384**

19.10.2026 HZ

Kleine Anfrage

Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Andreas Ewald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auswertung angekaufter Offshore-Daten und Konsequenzen für Hessen

Vorbemerkung:

Das Landesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität Nordrhein-Westfalen hat nach Angaben des dortigen Finanzministeriums vom 19. Oktober 2026 die Ende 2025 angekauften Kundendaten von Offshore-Dienstleistern aufbereitet. In dem 1,45 Terabyte umfassenden Datenbestand wurden 398 Personen mit Deutschlandbezug identifiziert. Der Verdacht liegt nahe, dass über Gesellschaften in Niedrigsteuergeländern Vermögen vor dem deutschen Fiskus verschleiert wurde. Die Fälle werden in einer ersten Tranche an die zuständigen Stellen der betroffenen Bundesländer übergeben, weitere Zuordnungen sind zu erwarten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat das Land Hessen von der Übergabe der Ermittlungsergebnisse durch das LBF NRW bereits Fallpakete erhalten?
2. Wenn ja, wann und in welchem Umfang (Anzahl der Personen und Fallkomplexe mit Hessenbezug)?
3. Wie plant die Landesregierung die Prüfung der übergebenen Fälle, und mit welchem Zeitplan rechnet sie bei der Bearbeitung?
4. Inwiefern ist die Forschungsstelle Künstliche Intelligenz (TECLION) in diesem Prozess involviert?
5. Welche Mehreinnahmen (Steuern, Zinsen, Strafzahlungen) haben sich in Hessen aus der Auswertung früherer Datenankäufe ergeben, und welche Größenordnung erwartet die Landesregierung auf dieser Grundlage für die aktuellen Offshore-Daten?
6. Wurde das Land Hessen vom Land Nordrhein-Westfalen um eine Beteiligung an den Kosten des Datenankaufs gebeten, und in welcher Höhe hat es sich gegebenenfalls beteiligt?
7. Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
8. Wie bewertet die Landesregierung die Bündelung von Steuerfahndung und Geldwäschebekämpfung in einer zentralen Landesbehörde nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens, und welche Schritte plant sie, um eine solche zentrale Stelle in Hessen einzurichten?
9. Falls eine zentrale Landesbehörde laut Frage 8 nicht verfolgt wird, warum nicht?

Wiesbaden, den 19.10.2026

Miriam Dahlke

Andreas Ewald

Sascha Meier